

## **Netanjahu, die AfD und der Antisemitismus:**

### **Warum es für liberale Deutsche so schwierig ist, über Israel zu reden.**

**Von Omri Boehm**

Falls es gerade so wirkt, als würde die Debatte um Achille Mbembe die Dimension eines Historikerstreits annehmen, dann vor allem deshalb, weil es in Wahrheit überhaupt nicht um Achille Mbembe geht. Möglicherweise sind einige abstoßende Bemerkungen des prominenten kamerunischen Historikers über Israel mehr als nur abstoßend. Vielleicht gibt es unter den Experten-Schrägstrich-Aktivist\*innen des Postkolonialismus antiisraelische Ressentiments, jedenfalls manchmal.

Und doch erklärt dies alles nicht die Schärfe der Debatte. Echt freudianisch verbirgt der Schlagabtausch um Mbembe tiefer liegende Ängste, gefährlichere Fragen. Diese betreffen nicht die postkoloniale Linke, sondern pro-israelische Deutsche aus der politischen Mitte. Was sind die Grenzen einer legitimen Debatte über Israel, wenn die herkömmlichen Tabus nicht länger gelten?

Drei Jahrzehnte lang orientierten sich liberale Deutsche in ihrer Haltung zu Israel an einer einfachen Formel: „Ich unterstütze die Vorstellung eines jüdischen und demokratischen Staates, lehne die Besatzung ab und hoffe auf eine Zweistaatenlösung.“ Damit war klar beschrieben, was unrechtmäßig war: Antisemitisch war es, das Existenzrecht Israels als jüdischer und demokratischer Staat infrage zu stellen.

Das Gewicht dieser beiden Aussagen ist nicht zu überschätzen, aber heute kann man sich auf diese Formel nicht mehr guten Gewissens berufen: Die Zweistaatenlösung ist tot, Israels Regierung will Gebiete im Westjordanland annectieren. Im Denken ist ein Vakuum entstanden, ein Gespräch kann explosiv werden.

Wenn es keinen Palästinenserstaat gibt und die juristische Ungleichbehandlung von Juden und Arabern nicht nur für 50 Jahre, sondern dauerhaft festgeschrieben wird, trifft dann nicht doch der Begriff „Apartheid“ zu? Und wie steht es mit dem Existenzrecht Israels als jüdischer und demokratischer Staat, wenn fast 50 Prozent der Bevölkerung Palästinenser sind? Angesichts solcher Fragen kommt der Streit um Mbembe und die Israel-Boykott-Bewegung BDS oder um die angeblichen antijüdischen Ressentiments im Jüdischen Museum in Berlin gerade sehr gelegen.

Das ist umso heikler, als der reale Antisemitismus nicht bei der politischen Linken, sondern bei der Rechten Boden gewinnt. Donald Trump, der regelmäßig antisemitische Motive oder Klischees verwendet, hat Neonazis mit Hakenkreuzen auf ihrem Marsch durch Charlottesville als „gute Leute“ bezeichnet – und er wurde dafür von Israel nicht kritisiert. Seit er Israels Annexion von Palästinensergebieten und die nationalistische

Gesetzgebung unterstützt, wird er stattdessen quer durch das politische Spektrum Israels als wahrer Freund begrüßt – und wurde als Staatsgast in Yad Vashem empfangen.

In den vergangenen Jahren genossen viele sehr nationalistische Staats- oder Regierungschef mit einer fragwürdigen Einstellung zum Antisemitismus dieselbe Ehre und Legitimierung, auch den Empfang in Yad Vashem, wenn sie nur – wie Trump – die Haltung der israelischen Rechten zur EU und der UN übernahmen. Darunter waren Viktor Orbán, Matteo Salvini, Jair Bolsonaro, Rodrigo Duterte.

Unterdessen lasen die Deutschen akribisch die Texte von Achille Mbembe und sorgten sich um seine Einladung zur Ruhrtriennale (die dann mit der ganzen Veranstaltung wegen Corona hinfällig wurde).

Wie Trump und Orbán wird auch Deutschlands nationalistische Rechte durch ihre israelischen Verbindungen aufgewertet. Anfang Mai witterte Yair Netanjahu, der Sohn des israelischen Ministerpräsidenten und inoffizieller Social-Media-Kanal: „Die EU ist ein Feind Israels.“ Und: „Schengen ist tot. Die globalisierte EU hoffentlich auch bald. Dann wird Europa wieder frei, demokratisch und christlich.“

Die AfD war über den Tweet hocherfreut, über eine Äußerung, die offen antisemitisch war: die Fantasie einer Befreiung Europas vom Kosmopolitismus, damit der Kontinent wieder „christlich“ wird, läuft auf die Installierung einer antiliberalen Ordnung hinaus, in der jüdische Bürger nicht gleichberechtigt Platz haben. Der AfD-Politiker und EU-Abgeordnete Joachim Kuhs twitterte als Antwort ein Bild Yair Netanjahus und wiederholte darauf in Großbuchstaben dessen Worte „frei, demokratisch und christlich“. Spätestens seit dem Tivoli-Programm der Deutsch-Konservativen Partei 1892 enthalten derartige Beschwörungen eines „christlichen“ Deutschlands antisemitische Konnotationen, denn sie gehen von einem ethnozentrischen Staat aus, „frei von jüdischem Einfluss“. Offensichtlich verwenden Netanjahu und Teile der AfD dieses Motiv in der Hoffnung auf die Befreiung Deutschlands vom „muslimischen Einfluss“. Die Ausweitung auf die Juden stört sie nicht. Beide sind sich darin einig, dass die Juden in ihrem eigenen Staat leben sollten.

Die tiefere Botschaft der AfD ist klar: Selbstverständlich hat Israel das Recht, ein jüdischer und demokratischer Staat zu sein, alles andere wäre antisemitisch. Wieso sollte es also unrechtmäßig sein, wenn die Deutschen auf genau dasselbe hoffen? Was spricht dagegen, dass die Deutschen dem israelischen Modell nacheifern und ihr Land als christlichen und demokratischen ethnischen Nationalstaat definieren? Die AfD und Netanjahu sind der Ansicht: Deutschland sollte genau dies tun.

Netanjahus Tweet hatte einen Nerv getroffen. Solange die Idee einer ethnischen Demokratie auf Israel beschränkt blieb und in Europa weiterhin die Vorstellung von liberalen Demokratien herrschte, ließen sich Zweifel an der jüdischen Demokratie unterdrücken. Aber je mehr antisemitischen Ethnonationalismus Europas Rechte in die Debatte einspeiste, je engagierter Israels Regierung dieses Bemühen unterstützte, aber eine Zweistaaten-Lösung verhindert, desto schwieriger wurde es, gewisse Fragen zu übersehen.

Sie werden sogar noch verwickelter, noch folgenschwerer. Richtet sich ein Angriff auf die AfD streng genommen nicht auch gegen das Existenzrecht Israels? Wer ist der Antisemit in diesem Ringen zwischen den europäischen Liberalen und der Rechten? Für die große Mehrheit der Israelis liegt die Antwort auf der Hand: Sie betrachten die liberale Mitte wie die radikale Linke als antisemitisch. Die Gleichung ist einfach: Wenn die Verteidigung Israels und der Kampf gegen Antisemitismus dasselbe sind, ist es für antisemitische Israel-Unterstützer nicht schwer, Liberalen Antisemitismus vorzuwerfen.

Viele Israelis sehen in Trump ohnehin ein willkommenes Korrektiv zu den vermeintlichen promuslimischen, antijüdischen Ressentiments seines Vorgängers Barack Obama. Dass Obama Israel mehr Militärhilfe gewährt hatte als jeder andere US-Präsident zuvor, fiel dagegen nicht ins Gewicht. Obama trat gegen Annexionen ein, Trump und die Tea Party unterstützten sie, also galt Obama als Antisemit.

Pro-israelische Deutsche stehen vor demselben Dilemma. Zwar misstraut die israelische Botschaft in Berlin der AfD, aber warum sollte die Partei nach Orbán und Trump nicht ebenfalls in Yad Vashem willkommen geheißen werden? Während die „böse“ EU eine Sanktionsliste gegen Israel wegen der Annexionen im Westjordanland vorbereitet, würde die AfD als Partei auftreten, die als einzige der deutschen Vergangenheit treu geblieben ist. Sie unterstützt Israels ethnischen Nationalismus aus vollem Herzen und pflegt keine scheinheiligen Vorbehalte gegen Annexionen oder verschiedene Rechtssysteme für Juden und Araber. Stattdessen stehen liberale Deutsche, die Israel kritisieren, als abstoßende Israel-Hasser da.

Welche Israel-Kritik ist antisemitisch? Das ist keine unwichtige Frage, aber die Realität hat sich verändert und die Debatte über diese Frage wird sich ebenfalls ändern müssen. Wer sich um Israels Zukunft Sorgen macht und um den Aufstieg des Antisemitismus, muss neue Fragen ansprechen, die politisch betrachtet die entscheidenden sind: Auf welche Zukunft für Israel dürfen pro-israelische Deutsche heute hoffen, wenn sie sich nicht der Illusion hingeben wollen, dass eine Zweistaatenlösung möglich ist? Wie können Deutsche ihrer Unterstützung für den jüdischen Staat Ausdruck verleihen, ohne die Augen vor der rechten Gesetzgebung in Israel oder dem antisemitischen Ethnonationalismus in Europa und den USA zu verschließen? Diese Fragen weiter zu unterdrücken, hilft weder Israel noch entspricht es einem verantwortungsvollen Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Stattdessen öffnet es dem Antisemitismus – von links und von rechts – Tür und Tor.

Omri Boehm, geboren 1979 in Haifa, aufgewachsen in Gilon, ist Professor für Philosophie an der New School for Social Research in New York. Im Juni erscheint von ihm im Ullstein-Verlag das Buch „Israel: Eine Utopie“.